

Berufliche und akademische Bildung nicht gegeneinander ausspielen

Thesen des Deutschen Hochschulverbandes zum „Akademisierungswahn“
(Resolution des 65. DHV-Tages in Mainz)

Die Bildungsexpansion geht weiter, der Studierendenboom hält an: Inzwischen sind mehr als 50 Prozent eines Abiturjahrganges an einer Hochschule immatrikuliert. Derzeit studieren 2,6 Millionen Menschen in Deutschland. Prognosen lassen erwarten, dass sich diese Zahlen auch in den Folgejahren auf vergleichbar hohem Niveau einpendeln werden. Seit dem Jahr 2009 gibt es mehr Studierende als Auszubildende in Deutschland. Erklärter politischer Wille ist es, die Zahl der Abiturienten weiter zu erhöhen und den Hochschulzugang für Nicht-Abiturienten stärker zu öffnen. Das Handwerk setzt darauf, zukünftig vermehrt Fach- und Führungskräfte unter Studienabbrechern zu rekrutieren, und der Wissenschaftsrat mahnt Gymnasien, Wege in ein Studium oder in eine betriebliche Lehre „gleichberechtigt aufzuzeigen“. In der Öffentlichkeit wird zugleich eine Diskussion um den „Akademisierungswahn“ (Julian Nida-Rümelin) geführt.

Zu dieser fortlaufenden Debatte hält der Deutsche Hochschulverband (DHV) fest:

1) Keine staatliche Lenkung

Der DHV bekennt sich zu einem vielfältigen Bildungssystem, das auf Differenzierung und Durchlässigkeit beruht. Die individuelle Entscheidung, ein Studium oder eine betriebliche Ausbildung zu beginnen, ist durch die grundgesetzlich verankerte Berufswahlfreiheit geschützt und verdient (staatlichen) Respekt. Eine politisch intendierte Lenkung von Ausbildungsströmen darf es in einem freiheitlichen, demokratischen System nicht geben. Allenfalls kann durch umfassende Informationen über zukünftige Berufsbilder und zu erwartende Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt die Berufswahlfreiheit mittelbar beeinflusst werden. Insbesondere Schulen und Hochschulen obliegt die Aufgabe, junge Menschen bei ihrer Entscheidungsfindung bestmöglich zu beraten.

2) Mehr Differenzierung, weniger Nivellierung

Nach Auffassung des DHV benötigt das deutsche Bildungssystem mehr Differenzierung und weniger Nivellierung. Nur ein differenziertes Ausbildungsangebot, das insbesondere auch attraktive Angebote für die berufliche Ausbildung vorsieht, kann zur Entlastung der überfüllten Universitäten beitragen. Dazu gehört insbesondere auch der Ausbau der Fachhochschulen unter Betonung ihres spezifischen, praxisorientierten Ausbildungsauftrages. Die gegenwärtige staatliche Bildungspolitik beschreitet bedauerlicherweise den umgekehrten Weg: Mit der Öffnung des Promotionsrechtes für Fachhochschulen betreibt sie die Einebnung des tertiären Bildungssektors, obwohl die Differenzierung durch Stärkung der kooperativen Promotion erhalten bleiben könnte. Diesen Trend gilt es zu stoppen.

3) Qualität vor Quantität

Nivellierung ist stets mit Qualitätseinbußen verbunden. Deutschland, dessen Innovationsfähigkeit auf dem Zusammenspiel von akademischer und beruflicher Bildung basiert, kann sich das nicht leisten. Die fortschreitende Inflation von Leistungsbewertungen im gesamten Bildungssystem hat lediglich die Zahl der Berechtigungsbescheinigungen erhöht, die Lebenschancen und beruflichen Wirkungsmöglichkeiten junger Menschen aber nicht vergrößert. Innerhalb aller Bildungssektoren ist für die Rückgewinnung und Gewährleistung höchster Leistungsstandards Sorge zu tragen: Qualität muss Vorrang vor Quantität haben.

4) Wider die Fixierung auf Akademikerquoten

Quantitative Parameter wie Studienanfänger- und Akademikerquoten, die beispielsweise der vielbeachteten, jährlich erscheinenden OECD-Auswertung „Bildung auf einem Blick“ zugrunde liegen, sind bundesweit zum Gradmesser für Erfolg und Misserfolg staatlicher Bildungspolitik avanciert. Dadurch sind die Spezifika des deutschen Bildungswesens aus dem Blickfeld geraten. Hierzulande gibt es mit dem dualen System der Berufsausbildung ein weltweit nahezu einzigartiges Modell, um das Deutschland international beneidet wird. Es generiert mindestens ebenso gut qualifizierte Fachkräfte wie das auf Hochschulabschlüsse gerichtete System anderer OECD-Mitgliedstaaten. Umso folgenreicher und abträglicher ist die Fixierung auf Akademikerquoten in Deutschland. Sie leistet einer schleichenden Entwertung nichtakademischer Abschlüsse Vorschub. Berufliche, vollzeitschulische und akademische Bildung sind andersartig, verdienen aber gleichermaßen Anerkennung und Förderung. Beides nimmt Schaden, wenn mit Hilfe des sogenannten Deutschen Qualifikationsrahmens eine

europäische Richtlinie erfüllt wird, nach der bildungsübergreifend die in der Europäischen Union erreichte individuelle Qualifikation bürokratisch und scheinbar auf einer Skala von acht Niveaustufen einzuordnen ist. Der beruflichen Bildung erweisen auch jene Verfechter aus Handel, Handwerk und Industrie einen Bärendienst, die berufliche Qualifikationen mit den Titeln „Bachelor professional“ und „Master professional“ belegen wollen. Adäquate Wertschätzung erfährt die berufliche Bildung nur, wenn sie ihre Eigenart selbstbewusst betont.

5) Differenzierung und Durchlässigkeit

Berufliche und akademische Bildung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden: Berufsbilder unterliegen stetigen Anpassungsprozessen. In Zeiten des lebenslangen Lernens erfordert eine sich fortlaufend wandelnde Arbeitswelt vertiefte, auch über die „klassische“ berufliche Lehre hinausgehende Kenntnisse. Um Begabungen individuell entfalten zu können, ist ein Bildungsangebot der Vielfalt erforderlich, das Übergänge zwischen akademischer und beruflicher Bildung in beiderlei Richtungen offen hält. Durchlässigkeit ist allerdings auch kein Selbstzweck. Aus Gründen der Qualitätssicherung kann auf den Nachweis der Eignung nicht verzichtet werden. Im Hinblick auf den möglichen Studienerfolg muss es aus Sicht des DHV daher den Hochschulen weiterhin vorbehalten bleiben, die Studienaufnahme von beruflich Qualifizierten an inhaltliche Voraussetzungen zu knüpfen.

6) Forderung nach bedarfsgerechter Finanzierung

Die anhaltend hohen Studierendenzahlen und die zunehmende Heterogenität der Studierendenschaft stellen die Hochschulen vor große Herausforderungen. Die finanzielle Notlage der Universitäten spitzt sich zu: Auch die bisherigen drei Hochschulpakete, die Bund und Länder seit 2006 aufgelegt haben, können den tatsächlichen Bedarf nur notdürftig abfedern. Der DHV appelliert daher erneut an Bund und Länder, die Hochschulen finanziell und personell so auszustatten, dass sie den anhaltenden Studierendenzustrom meistern und auch künftigen Generationen qualitativ hochwertige Angebote unterbreiten können.

Mainz, 24. März 2015